

## DGUF - Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V.

**Archäologische Maßnahmen in den Braunkohletagebauen werden nicht nach Verursacherprinzip behandelt. Die DGUF drängt darauf, dass auch im Revier das Verursacherprinzip angewendet wird. Was wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode diesbezüglich tun?**

**Gemäß üblicher Beauftragungen enden die Verursacherpflichten in NRW mit Ende einer Ausgrabung: Funde und Dokumentation werden archiviert, fertig. Laut Malta-Konvention gehört auch eine Basis-Publikation mit zu den Verursacherpflichten. Was plant Ihre Partei, um dieses Vollzugsdefizit zu beenden?**

**NRW-Denkmalfachämter verlangen Nutzungsrechte an Grabungsdokumentationen, die im Auftrag Dritter von Fachfirmen ausgeführt werden. Wie denkt Ihre Partei: Soll diese Rechteübertragung exklusiv erfolgen (alle Rechte beim Denkmalfachamt), oder nicht-exklusiv (Amt & Urheber haben Nutzungsrechte)?**

Wir werden uns in der neuen Wahlperiode im Dialog mit den beteiligten Akteuren fortgesetzt zu diesen Fragen austauschen.

**Die Landesregierung hat eine Novelle des DSchG NRW eingebracht. Sie will die Organisation des Denkmalschutzes gravierend verändern und dabei den Fachämtern für Baudenkmalpflege erheblich Einfluss nehmen. Wird Ihre Partei diese Pläne weiterführen oder die bisherigen Strukturen beibehalten?**

Denkmäler, besonders Baudenkmäler, schaffen Identifikation, ziehen Touristen und historisch Interessierte an, bewahren Erinnerung. Nach über 40 Jahren haben wir das Denkmalschutzrecht modernisiert. Dies ist eine gute Nachricht für die Eigentümer und die Kommunen bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir entbürokratisieren langwierige behördliche Prozesse, bringen das Gesetz wieder auf die Höhe unserer Zeit und verbessern das Zusammenspiel aller Akteure. Dadurch stärken wir den Denkmalschutz in unserem Land.

Die Denkmalfachämter bei den Landschaftsverbänden sollen in dem regulären Eintragungsverfahren von den Kommunen künftig nur noch angehört werden. Das schafft für alle Beteiligten vor allem für die Eigentümer von Baudenkmalern schneller Klarheit. In einer Ausnahmeregelung zum Eintragungsverfahren kann das Ministerium festlegen, welche Kommunen nicht in der Lage sind, wertig die Eintragung von Denkmalen zu entscheiden. In diesen Fällen werden die Denkmalfachämter weiterhin ins Benehmen gesetzt.

**Die vorliegende Novelle DSchG NRW gesteht Kirchen und Religionsgemeinschaften eine Sonderrolle zu und räumt ihnen weit mehr Rechte als anderen Denkmaleigentümern ein. Wie denkt Ihre Partei darüber?**

Räume, die der Religionsausübung dienen, werden in Deutschland besonders geschützt. Entsprechend sorgsam muss ein Gesetz auf solche Räume Rücksicht nehmen, wenn es sich dabei um Denkmäler handelt. Falls Religionsgemeinschaften mit der Entscheidung einer Behörde nicht einverstanden sind, können sie einen direkten Ministerentscheid fordern. Der Minister oder die Ministerin entscheidet nach Beratung mit dem Sakralausschuss. Für uns ist wichtig, dass der Sakralausschuss, in dem Vertreter der betroffenen Religionsgemeinschaft sowie Fachleute aus der Denkmalpflege sitzen, nur anlassbezogen

zusammentritt. Außerdem ist wichtig, dass alle Religionsgemeinschaften von diesen Rechten Gebrauch machen können, nicht nur die beiden christlichen Kirchen.

**Nachdem der seit 1980 gesetzl. vorgesehene Landesdenkmalrat nie eingerichtet wurde, soll mit der akt. Novelle DSchG NRW ein überbordend großer Denkmalrat eingesetzt werden, mit gesetzlich fest definierter und inhaltlich fragwürdiger Zusammensetzung. Was plant Ihre Partei zum Thema Landesdenkmalrat?**

Denkmalschutz dient zuvorderst dem Interesse aller Bürgerinnen und Bürger am Erhalt unseres kulturellen Erbes. Die Landesregierung soll von der Expertise aus der Fachwelt bei dem wichtigen Thema Denkmalschutz profitieren. Unser Ziel ist es, fachliche Expertise in und für die Denkmalbehörden vorzuhalten. Bei wichtigen Entscheidungen kann das für den Denkmalschutz zuständige Ministerium zahlreiche Verbands- und Interessensvertreter im Landesdenkmalrat versammeln und sich beraten lassen. Uns ist es zudem wichtig, dass das Gremium anlassbezogen zusammentritt.

**Die DGUF fordert - nach den guten Erfahrungen im Natur- und Umweltschutz - die Einführung des Verbandsklagerechts im Denkmalschutz. Damit wäre mehr bürgerliche Mitwirkung möglich, ggf. könnten NGOs aber auch gegen Vollzugsdefizite von Behörden vorgehen. Wie denkt Ihre Partei darüber?**

Das Verbandsklagerecht im Tierschutzbereich ist in NRW im Jahre 2013 von der damaligen Landesregierung befristet eingeführt worden. Mit Regierungsübernahme haben wir das Gesetz evaluiert und festgestellt, dass der mit der Verbandsklage in Verbindung stehende Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zum Nutzen steht. Deshalb ist beschlossen worden, das Gesetz auslaufen zu lassen. Aus diesen Gründen sollte auch im Denkmalschutz kein Verbandsklagerecht geschaffen werden.

**Die beiden Landschaftsverbände dominieren Kultur u. Museen. Museen in anderer Trägerschaft (z.B. Stiftungen) erhalten weniger Mittel - eine Wettbewerbsverzerrung, die durch die Corona-Pandemie verstärkt wurde. Würde ihre Partei diesem Verlust an kultureller Vielfalt entgegenwirken, und wenn ja: wie?**

Kultur und Kulturfreiheit sind wichtige Grundlagen für liberale Gesellschaften. Deswegen haben wir für einen deutlichen Aufwuchs der Kulturförderung des Landes um 50 Prozent gesorgt. Unsere Kulturpolitik ist dabei geprägt von gleichmäßigen Wertschätzungen der verschiedensten Erscheinungsformen von Kunst und Kultur, die wir in Breite und Vielfalt stärken möchten. Dies gilt für die institutionelle Kultur, die verschiedenen Sparten der freien Szene sowie die Breitenkultur. Die gleichzeitige Förderung von Spitze und Breite ist für uns dabei kein Widerspruch, sondern Anerkennung eines integralen Zusammenhangs. Die Landschaftsverbände sind dabei zusammen mit den Kommunen die wesentlichen Träger der Kultur in ganz NRW und kommen damit auch ihrem gesetzlichen Auftrag nach. Darüber hinaus sind die Kultureinrichtungen im ländlichen Raum auf eine starke Vernetzung untereinander und auch mit anderen Institutionen angewiesen. Deswegen wollen wir einen Landesfonds für die Stärkung kultureller Infrastruktur im ländlichen Raum entwickeln, der lokale Initiativen unterstützt.